

*Aus dem Stadtrat: Antrag Ladestationen für E-Bikes*

## **CDU setzt sich dafür ein, Ladestationen für E-Bikes einzurichten**

**Immer mehr Radtouristen nutzen E-Bikes – CDU-Antrag mit großer Mehrheit angenommen**

Mit großer Mehrheit wurde im vergangenen Stadtrat ein Antrag der CDU beschlossen, der vorsieht, im Stadtgebiet mehr Ladestationen für E-Bikes einzurichten. Im ersten Schritt soll nun durch die Verwaltung analysiert werden, wie sich der Bedarf nach Ladestationen für E-Bikes darstellt. Im zweiten Schritt soll dieser Bedarf in Kooperation mit den umliegenden Verbänden im Rhein-Main-Gebiet und insbesondere mit der Radregion Rheinhessen gedeckt werden, um so gemeinsam mit ihnen die Attraktivität des Radverkehrs zu steigern.

Die Landeshauptstadt Mainz ist schon lange eine der top Reisedestinationen und liegt mit etwa einer Millionen Übernachtungen im Jahr 2018 im rheinland-pfälzischen Vergleich deutlich auf Platz eins. Rund 70 Prozent der Gäste erreichten Mainz aus dem Bundesgebiet. 30 Prozent aus dem Rest der Welt. Diese Zahlen machen deutlich, dass die gesamte Region Rheinhessen und insbesondere die Stadt Mainz ein prosperierender Tourismusstandort ist. Für die CDU absolvierte die junge Stadträtin Natascha Bauer-Bertram ihr Rede-Debüt. In ihrem souveränen Beitrag machte sie deutlich, dass im Radtourismus ein enormes Potenzial stecke. Deutschlandweit seien ca. 16,4 Millionen Menschen an einem Urlaubsangebot mit dem Rad interessiert. Um diese Zielgruppe konkurrenzfähig mit anderen Urlaubsstandorten. Dabei ist die Ausgangslage laut Bauer-Bertram für Mainz sehr gut: „Neben wunderschönen Landschaften und idyllischen Weindörfern kann die Region auch mit einzigartigen Sehenswürdigkeiten, wie beispielsweise dem Mainzer Dom und dem Gutenberg Museum, punkten“, so Bauer-Bertram. Jedoch sei eine hochwertige Infrastruktur ebenfalls unerlässlich, um den Menschen ein attraktives Angebot zu machen. Zu einer hochwertigen Infrastruktur gehöre selbstverständlich das Wegenetz und viele anderen Elemente, die nicht vernachlässigt werden dürfen. Der Antrag der CDU sollte jedoch das Augenmerk auf einen ganz bestimmten Punkt richten, und zwar den Ausbau von E-Bike-Ladestationen. „Innerhalb der Gruppe der Radtouristen ist zu erkennen, dass zunehmend immer mehr Menschen auf E-Bikes umsteigen“, erklärt Bauer-Bertram. Dabei haben E-Bike-Nutzer andere Bedürfnisse als traditionelle Radtouristen. Nicht zuletzt seien sie darauf angewiesen, die Akkus ihrer Fahrräder aufzuladen während sie in einem Hotel übernachten, sich in einer Gastwirtschaft stärken oder Sehenswürdigkeiten, wie z. B. den Dom bewundern. Aus diesem Grund verspreche sich die CDU von der Errichtung von E-Bike-Ladestationen einen hohen Nutzen.

Nach der Debatte erläuterte Katrin Eder von den Grünen, dass es ihr nach eigenen Angaben an Fantasie fehle, das Angebot für E-Bike-Nutzer über die bestehenden Programme hinaus auszubauen. Die anderen Parteien waren da jedoch zuversichtlicher. Am Ende stimmten sie dem Antrag der CDU mit wenigen Ausnahmen zu.



Die neue Stadträtin der CDU, Natascha Bauer-Bertram, absolvierte im Stadtrat ihr Rede-Debüt.

**„Bereits in anderen Städten sind E-Bike-Ladestationen ein voller Erfolg. Ich selbst kam in den Genuss, im Urlaub an der Mosel mein E-Bike aufladen zu können.“**



*Aus dem Stadtrat: Glyphosat-Verbot*

## **Glyphosat wird von städtischen Flächen verbannt**

**Menge an Herbiziden verringern – Verbot der EU vorgehen**

Das Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat ist hochumstritten. Zwar wird das Mittel auf selbstgenutzten städtischen Flächen bereits seit sieben Jahren nicht mehr eingesetzt, jedoch waren bislang verpachtete Flächen von dieser Regelung ausgeschlossen. Landwirte konnten somit weiterhin Glyphosat und andere Pestizide einsetzen. Mit dem neuen Stadtratsbeschluss ist dies künftig zwar grundsätzlich nicht mehr möglich, in begründeten Ausnahmefällen aber schon.

Die CDU stimmte dem Antrag der Fraktionen von Grünen, SPD, Linken, ÖDP, Volt und Piraten zu, nachdem im Vorfeld der Sitzung einige Änderungen in den Antrag eingearbeitet wurden. Norbert Solbach, der umweltpolitische Sprecher der CDU, begründete in seiner Rede im Rat die Entscheidung der Fraktion: „Glyphosat wird in der Erwerbslandwirtschaft bereits verantwortungsvoll verwendet. Die Anwendung erfolgt nicht flächendeckend, sondern zielgerichtet und sparsam. Dennoch ist das Mittel in der Bewertung umstritten“, erklärt Solbach. Es sei zu bedenken, dass es zu diesem Thema zahlreiche, sich widersprechende, Studien gebe und somit keine objektive Betrachtung möglich sei. Jedoch sei man sich im Grundsatz einig, dass der Pestizideinsatz verringert werden solle. Dies sei allerdings nur im Austausch zwischen allen Beteiligten, also der Verwaltung, den Verbänden, Landwirten und Umwelt- und Naturschutzbehörden möglich. „Die Ursprungsfassung des Antrags der Mehrheitskoalition im Stadtrat berücksichtigte weder die Landwirtschaft, noch den notwendigen Dialog miteinander. Wir sind froh, dass wir in Gesprächen diese beiden Aspekte in den Antrag miteinbringen konnten“, erläutert Solbach. So konnte die CDU schließlich dem Antrag zustimmen. Das Verständnis der antragstellenden Parteien gegenüber der Landwirtschaft sei nach Solbachs Auffassung jedoch noch ausbaufähig. Solbach geht davon aus, dass die Glyphosat-Zulassung der EU ab 2022 ohnehin nicht verlängert werde. An die nun getroffenen Regelungen müsse sich die Landwirtschaft schon jetzt halten. Allerdings erwarten die Landwirte, dass Alternativen zur Verfügung gestellt werden, die garantieren, dass auch weiterhin nachhaltige Produkte in Stadtnähe produziert werden können. „Ich halte es für genauso verfehlt, die Landwirtschaft vor Ort durch überbordende Vorschriften kaputt zu machen und dann Nahrungsmittel aus anderen Kontinenten einführen zu müssen“, betont Solbach.

Abschließend ergänzt er, dass sich die CDU gefreut hätte, wenn die antragstellenden Fraktionen das Verständnis, was sie der Mainzer Mobilität bei der Pflege ihrer Schienennetze entgegengebracht haben, auch der Landwirtschaft entgegengebracht hätten.



Der umweltpolitische Sprecher der CDU Norbert Solbach will, dass der Einsatz von Herbiziden verringert wird.

**„Nachhaltige  
Ergebnisse erzielt  
man nur im Dialog  
und nicht durch  
ideologische  
Grabenkämpfe.“**





*Aus dem Stadtrat: Großsporthalle*

## **Stadtrat beschließt neue Großsporthalle**

**Langjährige Diskussion beendet – Standort: „Am großen Sand“**

Kaum zu glauben, aber die jahrzehntelange Diskussion um eine Großsporthalle in Mainz hat im vergangenen Stadtrat nun endlich ein Ende gefunden. Seit vielen Jahren ist von Vereinen, grade von denen aus höheren Ligen, immer wieder zu hören, dass es ihnen an Flächen zum Trainieren und für Wettkämpfe mangle. Insbesondere bei Spitzenwettbewerben fehlen hier entsprechende Zuschauerkapazitäten. Eine Großsporthalle ist daher schon lange überfällig und deshalb reichte die CDU bereits am 13. Februar einen Antrag im Stadtrat ein, in der sie eine solche Großsporthalle forderte. Seinerzeit wurde der Antrag in den Ausschuss überwiesen. Es war zu befürchten, dass das Thema wieder für viele Jahre begraben werde. Doch der Sportausschuss leistete alle Arbeit und so wurde im aktuellen Stadtrat über die Beschlussvorlage zu einer neuen Großsporthalle abgestimmt. Sie wurde mit einer breiten Mehrheit und nur einer Gegenstimme angenommen.

Wie der sportpolitische Sprecher der CDU Klaus Hafner mitteilte, konnte sich die Arbeitsgruppe auf die Rahmenbedingungen des Projekts einigen. Zunächst musste erst einmal ein Standort gefunden werden. Am geeignetsten stellte sich der Standort „Am großen Sand“ in Mainz-Mombach raus. Die bestehende marode Halle soll abgerissen werden und der Neubau am gleichen Ort entstehen. Wenn die Halle fertiggestellt ist, soll sie über sechs trennbare Felder verfügen und für Schul- und Vereinssport sowie für Sportsonderveranstaltungen genutzt werden können. Auf den ausfahrbaren Tribünen sollen bis zu 2.600 Zuschauer Platz nehmen können. Darüber hinaus sind Bereiche für Veranstaltungscatering, VIP-Räume für Veranstaltungen und Räume für Entnahmen von Doping-Proben vorgesehen.

Für Klaus Hafner, ist der Bau einer Großsporthalle ein Befreiungsschlag: „Diese Entscheidung war überfällig. Sie gibt, dank der parteiübergreifenden Zusammenarbeit im Sportausschuss, den Sportlerinnen und Sportler eine sehr gute Möglichkeit, endlich ihren Sport professionell auszuüben und ihre Wettkämpfe vor einer größeren Zuschauerzahl austragen!“



Der Fraktionsvorsitzende der CDU Hannsgeorg Schöning und der sportpolitische Sprecher der CDU Klaus Hafner setzen sich schon lange für den Bau einer Großsporthalle ein. Sie halten die Entscheidung, eine solche Sportstätte zu errichten, für längst überfällig.

**„Wir sind froh, dass die Sportlerinnen und Sportler einen Platz bekommen, wo sie ihre Wettkämpfe vor einer größeren Zuschauerzahl austragen können.“**



*Aus dem Stadtrat: Änderungsantrag Obdachlosigkeit verhindern*

## **Kein Platz für obdachlose Familien**

**Frauenhäuser häufig überfüllt – Angebot ausweiten**

Die Fraktionen von SPD und Grüne haben im vergangenen Stadtrat einen Antrag eingereicht, um in Mainz Obdachlosigkeit von Familien zu verhindern. Sie forderten die Verwaltung auf zu prüfen, wie das bestehende Angebot für obdachlose Familien ergänzt werden könne, um es für weitere Zielgruppen zu öffnen. Insbesondere Frauen, die das Frauenhaus verlassen können, aber keine Wohnung finden, sollten in das Angebot integriert werden. Sogenannte „Clearing Häuser“ in neuen Wohngebieten sollten akut von Wohnungslosigkeit Betroffenen solange eine Unterkunft bieten, bis eigener Wohnraum gefunden ist. Maximal soll dieses Angebot jedoch für 12 Monate gelten.

Für Claudia Siebner, die sozialpolitische Sprecherin der CDU, ging dieser Antrag nicht weit genug. Sie forderte in einem Änderungsantrag, dass insbesondere die mit Wohnungsbau befassten städtischen Gesellschaften in die Pflicht genommen werden, das Angebot auszuweiten. Der Ursprungsantrag ließ diese Gesellschaften außen vor. Laut Siebner müssten jedoch alle städtischen Institutionen bei diesem Thema Hand in Hand zusammenarbeiten. Auch die vorhandene städtische Stelle Wohnraumsicherung und die Fachstelle für Wohnraumhilfe sollten in Kooperation mit der Übergangsunterkunft der Stiftung Juvente zur Vermeidung von Obdachlosigkeit ausloten, wie mehr Plätze geschaffen werden könnten. „Ziel muss es sein, dass in Not geratene Familien, gerade auch Alleinerziehende mit Kindern, im Kontext der mehr als angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt umfassende Unterstützung erfahren“, erklärt Siebner. Zudem forderte Siebner eine detaillierte Analyse der aktuellen Situation. Nur so seien passgenaue Lösungen möglich. „Nicht nachvollziehbar ist, warum Grüne und SPD die wichtigen Anliegen unseres Antrags nicht mittragen konnten“, so Siebner im Nachgang zum Abstimmungsergebnis.

*Aus dem Stadtrat: Anfrage Zweckentfremdung von Fahrradboxen*

## **Koffer statt Fahrräder**

**Immer wieder werden Gepäckstücke in Fahrradboxen untergestellt – Kontrollen nur schwer möglich**

Im Parkhaus-Rheingoldhalle bietet die PMG seit einiger Zeit Radboxen an, um hochwertige Fahrräder zu verschließen. In letzter Zeit ist es immer häufiger zu beobachten, dass die Boxen als Lagerort für Gepäckstücke und andere Habseligkeiten zweckentfremdet werden. Mit der Bewirtschaftung der kostenpflichtigen Boxen sollte allerdings auch die zweckgebundene Nutzungsmöglichkeit garantiert werden. Aus diesem Grund erkundigte sich die CDU in einer Anfrage im Stadtrat danach, wie dagegen vorgegangen werden soll. Die Stadt hat gegen eine unsachgemäße Nutzung jedoch nur wenig Mittel. Zwar können die Schlösser aufgebrochen werden, jedoch ist nicht immer direkt ersichtlich, dass eine Fahrradbox für Gepäckstücke benutzt wird. Ein Schloss, welches sich nach 24 Stunden selbst öffnet, könnte Abhilfe schaffen.



Claudia Siebner, sozialpolitische Sprecherin der CDU, setzt sich dafür ein, dass in Not geratene Familien mehr Unterstützung erfahren.

**„Das bereits vorhandene Angebot an Übergangsunterkünften muss ausgeweitet werden.“**



**Im Rahmen einer Veranstaltung des Energieversorgers Entega traf Hannsgeorg Schöning den ehemaligen Bundesumweltminister Klaus Töpfer (CDU). Töpfer war der Direktor des UN-Umweltprogramms UNEP mit Sitz in Nairobi und maßgeblich an der Entwicklung des Klimaschutzabkommens von Kyoto beteiligt.**

**Töpfer und Schöning tauschten sich über die aktuellen Fragen der Klimapolitik sowie über die Herausforderungen des Klimaschutzes auf kommunaler Ebene aus.**